

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Königsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radenornwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil & Co., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 73

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig. — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto

Halver

Donnerstag, den 28. März

Erscheint wöchentlich "am Montag" in der "Volme- und Ennepe-Region", "am Dienstag" in der "Volme- und Ennepe-Region", "am Mittwoch" in der "Volme- und Ennepe-Region", "am Donnerstag" in der "Volme- und Ennepe-Region", "am Freitag" in der "Volme- und Ennepe-Region", "am Samstag" in der "Volme- und Ennepe-Region", "am Sonntag" in der "Volme- und Ennepe-Region".

1930

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Der Reichspräsident beglückwünschte den Norddeutschen Lloyd zu dem großen Erfolg der "Europa".

* Ein Finanzkonfessionar hat die Disziplinierung der Kreuger-Anleihe übernommen, so daß das Reich in der Lage ist, sofort an die Verringerung der schwebenden Schuld heranzugehen.

* Marconi brachte von seiner Fahrt in Genua aus die elektrischen Lampen der in Sydney (Australien) eröffneten Ausstellung zum Glück.

Handeln — nicht verhandeln!

Man ist wieder einmal „so weit“ im Reichstag. So weit also, daß man dort immer nur „die Schwierigkeiten“ sieht. Und vor allem sich gegenseitig beschuldigt, neue Schwierigkeiten zu entdecken, in den Weg zu werfen. Man verhandelt — aber in diesem Wort scheint das „Handeln“ mit besonders kleinen Buchstaben geschrieben zu sein. Denn dieses Verhandeln dreht sich seit Wochen oder eigentlich schon seit Monaten immer um denselben Punkt. Und in dieser Zeit wächst und wächst das Defizit, wächst die finanzielle Not, drückt das Unbehagen der ganzen Lage, das hinausdrückt jeder Entscheidung immer stärker auch auf das deutsche Wirtschaftsleben, das ein ganz klein wenig Atem zu schöpfen beginnt. Schon ist der zweite Nachtragsetat für das Jahr 1929/30 notwendig geworden und in ein paar Wochen werden die endgültigen Zahlen über den Reichshaushalt noch viel lauter sprechen. Und trotzdem hat man sich im Reichstag wieder eine Zeit zum Verhandeln geschaffen dadurch, daß man durch einen „Notetat“ die vorläufige Finanzabgrenzung des Reiches „regelt“ — wenn man diese rein eintreffende Bestimmung als eine „Regelung“ bezeichnen will. Dabei liegt ja ein „Finanzprogramm“ tatsächlich vor, ist von der Regierung aufgestellt, vom Reichsrat auch schon genehmigt worden. Aber die Koalitionsparteien wollen in ihrer Gesamtheit nicht „anbeugen“, den Bissen hinunterschlucken, auch wenn er alterband Vitternisse für die eine oder andere Partei enthält. „Wie sag ich's meinem Wähler?“ — aber die großen Massen der Wähler interessieren sich kaum noch für Einzelheiten, für Anschauungsdispositionen, die man ja kaum noch hinsichtlich ihrer Ursprünge feststellen kann. Der Reichspräsident hat vor vierzehn Tagen verlangt, daß die Parteien der Regierungskoalition sich schnellstens auf ein Finanzprogramm einigen. Sonst würden sich andere Wege finden, auf denen man zum Ziel kommt und die von der Verfassung für den Fall der Not geöffnet werden. Das wirft seinen Schatten über das ergebnislose Verhandeln. Vielleicht möchte sich auch so mancher — in diesen Schatten flüchten.

Auch die Reichsbahn muß handeln. Denn auch ihr brachte das bisherige Verhandeln keinen Ausweg aus den wachsenden Schwierigkeiten ihrer finanziellen Lage. Sie ist als Verkehrsinstrument sehr empfindlich für die Schwankungen der Wirtschaftskontunktur und mußte in ihren Betriebsergebnissen ganz besonders unter der allgemeinen Krise leiden, weil sie ja nicht die geringste Erleichterung ihrer Lasten mit der Durchführung des Young-Plans erfährt, nach wie vor ihre 660 Millionen Reparationsverpflichtungen und dazu noch die Beförderungssteuer mit 300 Millionen aus den Überschüssen abzuführen hat. Und schon vor Monaten hat die Reichsbahn mitgeteilt, man könne für die kommende Zeit einen Haushalt gar nicht aufstellen, der in Ausgaben und Einnahmen balancieren würde. Wenn ihr eben nicht eine Tarifierhöhung bewilligt würde, was aber mehrmals von der Reichsregierung abgelehnt wurde. Auch die besonders dringend gewünschte Drosselung bestimmter Teile des Kraftwagenverkehrs, der ja der Reichsbahn schwerste Einbußen bringt — Dr. Dörpmüller, der Generaldirektor der Reichsbahn, beziffert sie auf nicht weniger als 450 Millionen — ist über ein Verhandlungsstadium nicht hinausgekommen, weil an sich sehr berechnete Wünsche großer wirtschaftlicher Kreise einen heftigen Widerstand leisteten gegen alle Forderungen, die auf Tarifierhöhungen abzielen. Nun handelt die Reichsbahn, wie es bei ihr als einem nach kaufmännischen Grundsätzen geführten Unternehmen nicht anders zu erwarten ist: Beschränkung der sachlichen und persönlichen Betriebsaufgaben, darunter leider auch Arbeiterentlassungen. Der laufende Betrieb soll und muß sich selbst erhalten; und wenn erst der für die Deutsche Reichsbahn vorgesehene Anteil an der Mobilisierungsaufleihe einläuft, dann sollen diese Mittel lediglich für außerordentliche Ausgaben, also für solche zwecks Ausbau und Sicherheitsförderung des Betriebes, Verwendung finden. Die Last der Verpflichtung, jährlich rund eine Milliarde herauszuwirtschaften, wird schwerer und immer schwerer. Und im Personen- wie im Güterverkehr immer fühlbarer.

„Handeln“ — dieses Wort dröhnte auch im Sirenenhaß der „Europa“, als sie nun als schnellstes Handels-schiff der Welt im Rheinort Hafen eintraf. Endlich — denn ein übles Schicksal hatte ja fast ihr Leben zerstört, als die Feuersbrunst durch die Schiffsräume raste. Auch daran und gerade an diesen schweren Schlag mag man heute noch einmal erinnern; denn dieser Schlag ist überwunden worden. Unverdorben hatte man sich wieder ans Werk gemacht, das jetzt von einem so stolzen Erfolg gekrönt ist. Das ist das Tempo unserer Zeit, in die auch Deutschland mitten hineingestellt ist. Entschlußkraft und zielbewusstes Handeln verlangt sie zuallererst, — und unerfremlich ist es, daß man so oft in der Innenpolitik, in der parlamentarischen Vertretung des deutschen Volkes, von diesem Rhythmus der Zeit wenig verspürt.

Schicksalsstunden der Reichsregierung

Die Parteiführer machen Schwierigkeiten.

Langwierige Finanzverhandlungen.

Im Reichstag herrschte am Mittwoch wieder einmal höchste Krisenstimmung. Den Anlaß dazu gab die ergebnislos verlaufene nächtliche Besprechung der Parteiführer der Regierungsparteien mit dem Reichszentralrat über die Sanierung der Reichsfinanzen. In diesen Verhandlungen hatte Reichsfinanzminister Dr. Mosdenbauer einen neuen Vorschlag gemacht, nach dem u. a. eine allgemeine Abänderung der Leistungen in der Arbeitslosenversicherung nur durch Gesetz vorgenommen werden sollte. Dieser Vorschlag genügte indessen den Sozialdemokraten und auch den Vertretern des Zentrums nicht, weil nach ihrer Ansicht hierdurch ein teilweiser Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung nicht verhindert werden könnte. Auch in der Frage der Steuerentlastung wurde eine Verständigung zwischen Volkspartei und Sozialdemokraten in der nächtlichen Führerbesprechung nicht erzielt.

In Reichstagskreisen wurde darauf hingewiesen, daß, falls nicht noch im letzten Augenblick eine Einigung über das Finanzprogramm des Reichstagskabinetts unter den Parteiführern erzielt werden sollte, der Reichszentralrat das Steuerprogramm der Reichsregierung vor den Reichstag bringen und zur Abstimmung stellen würde. Dieses Programm würde allerdings kaum eine Mehrheit finden, so daß dann die Reichsregierung in ihrer jetzigen Zusammenfassung aufhören würde, zu bestehen.

In den Wandelgängen des Reichstages wurden bereits allerlei neue Regierungskombinationen besprochen. Es tauchte wiederum wie vor etwa drei Wochen der Gedanke der Bildung einer Weimarer Regierungskoalition auf, man sprach weiter davon, daß der Führer der Reichstagsfraktion des Zentrums, Abg. Dr. Brüning, die Bildung eines neuen Kabinetts übernehmen würde, das auf die Mitwirkung der Sozial-

demokratie verzichten und Anlehnung nach rechts suchen würde. Neben Dr. Brüning wurde auch der Name des früheren Staatssekretärs in der Reichsfinanz, des jetzigen Bürgermeisters von Essen, Dr. Bracht, der ebenfalls dem Zentrum nahe steht, als kommender Reichszentralrat genannt. Man wollte schon wissen, daß Führer ausgedreht worden seien, den Führer des Reichslandbundes, den deutschnationalen Abgeordneten Dr. Schiele, für ein neues Kabinett als Minister zu gewinnen, wodurch man die gemäßigten Mitglieder der deutschnationalen Reichstagsfraktion und Mitglieder der rechtskonservativen Vereinigung für das neue Kabinett interessieren wollte.

Ob die eine oder andere dieser Kombinationen zur Durchführung gelangen wird, wird sich bald erweisen müssen. Denn nicht nur die Öffentlichkeit wartet ungeduldig auf einen Abschluß der Finanzverhandlungen, auch die Fraktionen selbst fühlen, daß man nun endlich zu einem Ergebnis kommen mußte. Die nächsten Stunden müssen nun also Aufklärung über das weitere Schicksal des Kabinetts Müller bringen.

Man glaubt noch an Verständigungsmöglichkeiten.

Die Parteiführerbesprechung am Mittwoch nachmittag beim Reichszentralrat, an der auch einige Ressortminister teilnahmen, dauerte etwa drei Stunden. Eine Einigung wurde weder über die Arbeitslosenversicherung noch über die Steuerentlastung erzielt. Man einigte sich jedoch dahin, daß die sozialpolitischen Sachverständigen der Regierungsparteien nochmals versuchen sollten, eine Verständigung über die Arbeitslosenversicherung herbeizuführen. Man glaubt in Kreisen der Regierungsparteien, daß im Falle einer Verständigung über dieses Problem die Steuerentlastung keine unüberwindlichen Schwierigkeiten mehr bereiten wird.

Die Parteiführer trafen am Donnerstag beim Reichszentralrat wieder zusammen. Die für Mittwochabend vorgesehene Kabinettsitzung ist vertagt worden. Sie wird erst im Anschluß an die Parteiführerbesprechung am Donnerstag stattfinden.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Der kommunistische Oberbürgermeister.

Die Wahl des kommunistischen Stadtverordneten Hermann Weber zum Oberbürgermeister von Groß-Solingen war vom preussischen Staatsministerium nicht bestätigt worden. Bei der jetzt vorgenommenen erneuten Wahl wurden im ersten Wahlgang abgegeben: für Weber (Kommunist) 19 Stimmen, für Bürgermeister Sehnische (Bürgerliche Parteien) 21, für Hermann Meyer (Soz.) acht Stimmen; vom Zentrum wurden vier weiße Zettel abgegeben. Im zweiten Wahlgang erfolgte die Wiederwahl Webers, der 26 Stimmen erhielt, während auf Sehnische 21 Stimmen entfielen. Fünf Zettel waren unbeziffert.

Hindenburg bei der Mainzer Freiheitsfeier.

Auf die Einladung der Stadt Mainz an den Reichspräsidenten von Hindenburg, an der Mainzer Befreiungsfeier teilzunehmen, hat der Reichspräsident geantwortet: „Sehr verehrter Herr Oberbürgermeister! Ihnen und der Stadt Mainz danke ich für die freundliche Einladung zur Teilnahme an der Befreiungsfeier. Ich nehme diese Einladung an, muß mir aber noch den Tag meines Besuches vorbehalten. Mit Genugtuung nehme ich davon Kenntnis, daß Sie die Absicht haben, die Feier in einem Rahmen abzuhalten, der dem Ernst der Zeit und der in unserem Volke so vielfach vorhandenen Not entspricht.“

Der Reichsrat stimmt den Agrargesetzen zu.

Der Reichsrat genehmigte die vom Reichstag angenommenen Vorlagen über Änderung der Agrarzölle sowie das Maismonopolgesetz. Dagegen stimmte der Vertreter Bremens wegen des Fehlens von Bestimmungen, die den Handel und seine Abnehmer vor den vererblichen Folgen plötzlicher Zollerhöhungen schützen können.

Braunschweig und Preußen.

Im Braunschweigischen Landtag kam bei den Staatsberatungen der der Deutschen Volkspartei angehörende Abgeordnete Marquardt auf die Anschlußbestrebungen zu sprechen und führte aus, er halte es für eine vaterländische Pflicht, mit dem Anschluß an Preußen nicht so lange zu zögern, bis es zu spät sei. Er und seine Freunde wünschten in erster Linie eine Förderung der Reichsreform, daneben aber auch nicht minder ernstlich eine Klärung der Möglichkeit eines Anschlusses an Preußen durch Aufnahme entsprechender Verhandlungen seitens der braunschweigischen Regierung. In ähnlichem Sinne äußerte sich auch der Abgeordnete Dr. Koloff, der gleichfalls der Deutschen Volkspartei angehört.

Die beschuldigten Reichswehr-offiziere.

Das Ermittlungsverfahren gegen die zwei in Ulm verhafteten und nach Berlin übergeführten Reichswehr-offiziere ist eingeleitet worden und wird vom Oberlandesgerichtsdirektor Braune geführt. Verwickelt in die Angelegenheit ist auch ein Offizier aus Kassel. Beschuldigt werden die Verhafteten der Vorbereitung zum Hochverrat, begangen durch Verbindung mit radikalen regierungsfeindlichen Organisationen. Entgegen verschiedenen Mei-

dungen ist dem Berliner Untersuchungsrichter von keiner weiteren Verhaftung in dieser Sache irgend etwas bekannt.

Freistaat Danzig

Der Staatsfeiertag.

Die staatlichen und städtischen Gebäude in Danzig sowie die Gebäude der Konsulate trugen am Mittwoch, den 26. März, wie alljährlich, Flaggenschmuck zur Erinnerung an den Tag der Grundsteinlegung der Danziger Stadtmauer, die am 26. März 1343 erfolgte. Der Völkerverbundkommissar, Graf Gräfin, der Vertreter des polnischen Ministers Straßburger, Legationsrat Salicki, sowie der Konsularkommissar stellten dem Präsidenten des Senats, Dr. Sahm, Besuche ab. Der Senat veranstaltete für das Konsulatskorps einen Empfang im Rathaus, bei dem Bausenator Dr. Althoff einen Vortrag über „Städtebauform im Wandel der Zeit unter besonderer Berücksichtigung Danzigs“ hielt.

Aus In- und Ausland

Berlin. Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages beendete Mittwoch die erste Sitzung des Protokolls, das mit einigen Änderungen angenommen wurde. Dagegen stimmten die Deutschnationalen und die Wirtschaftspartei.

Berlin. Das preussische Staatsministerium hat die hannoverschen Landräte Klein, Koberg und Freiherr von Hammerstein ihres Amtes enthoben, weil sie sich gegen das vom Oberpräsidenten Roske erlassene Verbot der nationalsozialistischen Schülerbünde „Adler“ und „Fallen“ im Provinzialauschuss ausgesprochen haben.

Paris. Die Kammer wird am Donnerstag mit der Beratung des Gesetzentwurfes zur Ratifizierung des Young-Plans beginnen.

London. Hier traf eine Abordnung von sechs Araberschicks ein, unter denen sich auch der Großmufti von Jerusalem befindet. Wie verlautet, wird die Errichtung einer palästinensischen demokratischen Nationalregierung, die aus Arabern und Juden gemeinsam bestehen soll, vorgeschlagen.

Canberra. Der Premierminister erklärte, die australische Bundesregierung sei bereit, einen Konsularvertreter der Sowjetregierung zuzulassen, beabsichtige jedoch nicht, einen beratenden Vertreter nach Moskau zu entsenden.

Washington. Der Senat hat die Gesetzentwürfe über die Bereitstellung von 383 Millionen Dollar für produktive Erwerbslosenfürsorge angenommen.

Regierungspolitik und Volksbegehren.

Deutscher Reichstag.

(149. Sitzung.) OB. Berlin, 26. März.

Der Reichstag beginnt mit der zweiten Beratung einer Vorlage, nach der

die Pachtordnung bis zum 30. September 1931 verlängert

werden soll.

Abg. Tempel (Soz.): Es muß dies die letzte Verlängerung sein, die noch geschieht. Die Rechtsunsicherheit der Pachtverhältnisse ist für die Dauer unhaltbar. Von den fünf Millionen landwirtschaftlicher Betriebe sind rund drei Millionen an der Neuordnung des Pachtrechtes unmittelbar interessiert. Im endgültigen Recht muß vor allen Dingen der Schutz der Kündigung, Schutz gegen unbillige Preisforderungen und Erbschaftspräsumption der Aufwendungen, die für den Betrieb gemacht worden sind, verankert werden.

Der Lebensraum des deutschen Volkes.

Kolonien und Großdeutschland.

In einem Vortrag führte Dr. phil. Walter Croll über den Lebensraum des deutschen Volkes u. a. aus, daß jetzt nach Übernahme eines auf Jahrzehnte berechneten Tributprogramms die Sicherung ausreichender Wirtschafts- und Lebensmöglichkeiten für unser Volk zu einem Problem von vordringendster Aktualität geworden ist. Das deutsche Volk kann nicht länger darauf warten, daß ihm eine eigene koloniale Rohstoffwirtschaft wieder ermöglicht wird. Unbedingt muß dafür Sorge getragen werden, daß die Wirtschaftsgrundlage Deutschlands erweitert und unserem Volke neuer Lebensraum geschaffen wird, neuer Lebensraum in überseeischen Gebieten, wo wir uns vor dem Kriege so erfolgreich betätigt haben. Die Deutsche Kolonialgesellschaft hat es sich daher zur Aufgabe gemacht, das Verständnis für diese Frage zu schärfen. Mit allen Mitteln muß von der Reichsregierung die Forderung auf Erfüllung unserer kolonialen Ansprüche erkämpft werden. Die Parteierfahrenheit, mit der es in den letzten Jahren schlimmer — nicht besser — geworden ist, behindert uns in einer Politik, die — ohne die Bahnen friedlicher Bestrebungen zu verlassen — doch zielbewußt auf die Ausweitung und Sicherung eines ausreichenden deutschen Lebensraumes hinwirkt.

Die Frage der Ausweitung des deutschen Lebensraums durch Bildung eines Groß-Deutschlands berührte ebenfalls ein Vortrag des stellvertretenden Präsidenten des Österreichischen Bundesrates, Universitätsprofessor Dr. Ullmann, über „Die Anschlussfrage 1918 bis 1930“. In einem kurzen geschichtlichen Rückblick wies er auf die nationale Verbundenheit Österreichs mit dem Reich hin. Besonders stark sei die natürliche Zusammengehörigkeit beider Länder im gemeinsamen Erlebnis des Weltkrieges hervorgetreten. Als Ende des Krieges beide Länder, vor allem Österreich, um breite Gebiete ihres Landes beraubt wurden, hätte sich die Vereinigung beider in ihren Kräften erschütterter Bruderländer zu einem Groß-Deutschland zwangsläufig ergeben müssen. Die österreichische konstituierende Nationalversammlung habe auch am 12. März 1919 einstimmig beschlossen, daß Österreich ein Bestandteil der Deutschen Republik sei, und damit den Anschluss an Deutschland vollzogen. Niemals habe aber ein Volk eine brutale Verletzung seines Selbstbestimmungsrechts erfahren müssen als Österreich bei den Friedensverhandlungen von St. Germain, als es der ultimativen Forderung der Alliierten unterworfen wurde, dieses beschlossenen Gesetzes unter Protest habe nachkommen müssen. Auch Deutschland sei hinsichtlich des Anschlusses von der Entente vergewaltigt worden. Wirtschaftliche Bedenken in Österreich und Deutschland hätten die Anschlussbestrebungen ebenfalls gehemmt. Der Anschlussgedanke sei aber eine nationale Angelegenheit, um der staatsrechtlichen Gemeinschaft willen und müsse außerhalb aller wirtschaftlichen Fragen stehen. Wenn das Volk zum Anschlussgedanken mit seiner Überzeugung stehe, die Opfer zu bringen bereit sei, könne die Entente die Schranken zwischen beiden Ländern nicht mehr verteidigen. Als Österreich in den Kriegsjahren 1922 bis 1924 sich ganz seiner Sanierung widmen mußte, habe die Anschlussfrage in den Hintergrund treten müssen. Mit verstärkter Kraft habe man sich aber dann wieder dem Anschlussgedanken zugewandt. Eine Angleichung des Strafrechts, des Schul- und Hochschulwesens, des Beamtenrechts, der Eisenbahnverkehrsordnung u. a. m. wären bereits der Vollendung nahe. Weniger Erfolg hätten wirtschaftliche Annäherungsversuche gehabt. Aber auch hier glaube man im Hinblick auf den Berliner Besuch des Bundeskanzlers Schöber bald alle Schwierigkeiten überwunden zu haben.

Bilanz der Sozialversicherung.

Das Reichsversicherungsamt veröffentlicht seinen Geschäftsbericht für 1929. Danach unterlagen 1929 der Unfallversicherung rund 27 Millionen Personen. Hierzu kommen noch die bei den 14 Zweiganstalten der Dangeverberufsgenossenschaften, der Tiefbau- und der Seeberufsgenossenschaft Versicherten. Der Gesamtaufwand für die Unfallversicherung belief sich im Geschäftsjahr 1929 auf rund 400 000 000 Mark (1928: 377 454 800 Mark, Steigerung demnach rund 23 000 000 Mark). Unfälle wurden 1929 1 491 556 gemeldet (1928: 1 453 286). Die Zahl der erstmalig entschädigten Unfälle betrug 167 781 (1928: 160 303). Mit dem 1. Januar 1929 ist die zweite Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten vom 11. 2. 1929 in Kraft getreten, durch die der Kreis der zu entschädigenden Berufskrankheiten wesentlich ausdehnt und eine weitgehende Rückwirkung vorgesehen ist.

In der Invalidenversicherung wurden 1929 insgesamt 460 677 Renten bewilligt, und zwar 269 384 Invaliden-, 123 327 Witwen- (Witwer-) und 67 966 Waisenrenten. Nach den vierteljährlichen Nachweisungen der Versorgungsanstalten ließen am 1. Januar 1930 insgesamt 1 998 610 Invaliden-, 20 264 Kranken-, 50 620 Alters-, 486 644 Witwen- (Witwer-), 2304 Witwenrenten- und 290 965 Waisenrenten, im ganzen also 3 249 407 Renten. Etwa 1225 Millionen Mark betrugen 1929 die Gesamtleistungen der Invalidenversicherung (ohne die Leistung an die Versicherungsträger des Saargebietes). Trotz der fühlbar werdenden Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Lage gestalteten sich die Beitragseinnahmen im Jahre 1929 noch nicht ungünstig. Sie können mit insgesamt rund 1094 Millionen Mark angenommen werden. Das Geschäftsjahr 1929 wird mit einem geringeren Vermögenszuwachs als das Vorjahr abschließen. Nach den vorläufigen Schätzungen dürfte sich das Vermögen im Laufe des Jahres 1929 um rund 290 Millionen Mark auf etwa 1568 Millionen Mark erhöht haben.

Die Aufwendungen für die Gesundheitsfürsorge stellen gewaltige Leistungen dar, die jährlich wachsen. Die abgeschlossenen und laufenden Heilbehandlungsfälle betrugen im Jahre 1928 mehr als 375 000. Der Gesamtaufwand erreichte 101 Millionen Mark gegenüber 53,6 Millionen Mark im Jahre 1925 und 41,4 Millionen Mark 1913. Nach wie vor steht im Vordergrund des zielbewußten Wirkens der Versicherungsträger der Kampf gegen die Volksfeuden: Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten und Rheuma. Mehr als die Hälfte aller dieser Mittel wurde zur Bekämpfung der Tuberkulose, d. h. zur Errichtung von Heil- sowie Tages- und Walderholungsstätten usw., verwendet. Für den Bau von Kranken- und Genesungshäusern usw., zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, insbesondere zum Bau von Volksbädern und für sonstige Wohlfahrtszwecke wurden seit dem 1. Januar 1925 insgesamt 84 Millionen Mark aufgewendet. Auch im Jahre 1929 hat die Mehrzahl der Versicherungsträger erhebliche Mittel für den Woh-

nungsbau hergegeben. Im ganzen sind seit der Festigung der Währung im Jahre 1923 bis Ende 1928 210,3 Millionen Mark für Arbeiterfamilienwohnungen aufgewendet worden.

Tränengasbomben gegen Verbrecher.



Die amerikanische Polizei hat zur Bekämpfung der Verbrecher ein Tränengasbombengewehr eingeführt, mit dem man die Geschosse 150 Meter weit schießen kann. Die Waffe hat sich bei Versuchen ausgezeichnet bewährt.

Die Kalkulation im Handwerksbetrieb.

Vom Deutschen Handwerksinstitut,

Abteilung kaufmännische Betriebswirtschaft, Bonn.

Daß noch vielfach Formulare im Betriebe als lästige und totes Anhängsel betrachtet werden, hat verschiedene Gründe. Viele Handwerksmeister wissen, auch wenn die Vordrucke den Verhältnissen des Betriebs Rechnung tragen, sie nicht in der richtigen Weise auszuwerten und verlieren bald die Lust an der Fortführung.

Darum ist es angebracht, einmal den Sinn der Formularorganisation klarzulegen. Je größer ein Betrieb ist und je vielfältiger die Leistungen sind, um so schwieriger wird es für den Meister, die einzelnen Vorgänge gebührend zu verfolgen. Hier soll das Formularwesen eine Stütze schaffen: es soll der Richterstattung und der Kontrolle der Arbeit dienen. Aber dies sind nicht die letzten Zwecke der Formulare. Ihre eigentliche Bedeutung erhalten sie im Hinblick auf ihre Auswertung für das Rechnungswesen. Sie liefern nicht nur das Grundmaterial für die Buchhaltung, sondern in weitgehendem Maße auch die Richtlinien für eine genaue Vorkalkulation. Ein Auftrag kann um so genauer kalkuliert werden, je mehr Nachkalkulationen gleichartiger Aufträge vorliegen. Die Nachkalkulationen ihrerseits aber lassen sich wieder nur ausführen auf Grund einwandfrei ausgefüllter Formulare. Auf diese Weise bringt eine gutgeführte Formularorganisation ein hohes Maß von Sicherheit in die Kalkulation, ganz abgesehen von der erheblichen Verminderung der Kalkulationskosten.

Im folgenden sollen kurz die wichtigsten Formulare genannt und charakterisiert werden, die für einen mittleren Betrieb in Frage kommen. Zweckmäßig ist zunächst die Anlage eines Bestellbuchs, das Datum des Auftrages, Name und Adresse des Bestellers, Art des Auftrages, Liefertermin, Preis und die Art der Zahlung in seinen Spalten vereinigt. Sodann ist für Betriebe mit Erzeugnissen, die über verschiedene Arbeitsplätze laufen, ein sog. Laufzettel unentbehrlich. Dieser Laufzettel enthält im Kopf den Auftraggeber und eine kurze Angabe der Art des Auftrages. Die Spalten werden aufgeteilt in eine solche für Datum, den Namen des Arbeiters, die Art der an dem Auftrage geleisteten Arbeit, die Stundenzahl und den dafür aufgewendeten Lohn einzeln und im gesamten. Die Rückseite enthält wiederum den Namen des Arbeiters, Art und Menge des aufgewendeten Materials und den Preis desselben einzeln und im gesamten. Für Betriebe, deren Erzeugnisse von einem einzelnen hergestellt werden, genügt die Führung eines Rapportzettels, in dessen Vorderseite im Kopf die Zeit eingetragen wird, für die das Formular gilt, sowie der Name und die Tätigkeit des Gehilfen. Die Spalten werden aufgeteilt in solche für das jeweilige Datum, Auftragsnummer, Art der geleisteten Arbeit an diesem Tage und den Zeitverbrauch für Vorarbeiten, Hauptarbeiten und Nacharbeiten. Die Rückseite nimmt die gleichen Angaben auf und eine Aufrechnung der produktiven und unproduktiven Stunden. Betriebe mit vielfältiger Materialentnahme und besonderer Materialbuchhaltung werden noch einen gesonderten Materialentnahmestempel führen und solche mit vielen Reparaturarbeiten einen besonderen Laufzettel für Reparaturarbeiten. Wichtig ist vor allem der sog. Kalkulationszettel. Dieser enthält für die Vorkalkulation alle aufzuwendenden Kosten an Material, Lohn, Maschinenkosten, allgemeine Unkosten, Gewinn, Umsatzsteuer und den Verkaufspreis. Sind nun die Formulare ordnungsgemäß geführt, so ist es ein Leichtes, in die Nebenspalten für die Nachkalkulation die tatsächlichen Kosten einzufügen und damit ein ausgezeichnetes und exaktes Mittel für spätere Vorkalkulationen zu gewinnen.

Zur Kontrolle der Höhe der einzelnen Unkostenpositionen sollte jeder Handwerksmeister noch einen besonderen Unkostenverteilungsbogen führen, der ihm sowohl zeigt, für welche Unkosten die Ausgaben gemacht werden, als auch die Höhe im Vergleich zu anderen Zeiträumen verändert.

Wenn diese wenigen Formulare, die natürlich für jedes Gewerbe sorgfältig aufgebaut sein müssen, im Betriebe geführt und kalkulatorisch ausgewertet werden, so verliert die Formularorganisation sehr bald ihren Charakter als lebloses Anhängsel und wird ein unentbehrliches Hilfsmittel für die kaufmännische Führung des Handwerksbetriebes.

Die Gefahren der Landstraße.

Vom Verkehr auf öffentlichen Wegen.

Mit dem auf dem Lande immer stärker werdenden Verkehr von Kraftfahrzeugen und Fahrrädern steigen die Verkehrsunfälle in einem geradezu erschreckenden Maße. Hierzu schreibt der Verband der Deutschen landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen in seinem Büchlein „Landwirtschaftliche Unfallverhütung“:

Nicht immer sind die Führer der Kraftfahrzeuge an diesen Unfällen schuld, sondern häufig auch die Führer der mit Zugtieren bespannten Fahrzeuge, die Radfahrer und die Fußgänger, weil sie die einfachsten Regeln des Verkehrs auf öffentlichen Wegen nicht beachten.

Nachlässig verhalten sich oft die Gespannführer landwirtschaftlicher Fahrzeuge. Beim Einbiegen in Seitenstraßen fahren sie im unrichtigen Bogen und mitten auf der Straße oder sogar links (in Fahrtrichtung gesehen), bleiben nicht bei den Zugtieren, lassen sogar die Lenkstange aus der Hand, unterhalten sich mit anderen Gespannführern und Leuten, kurzum: tun so, als ob die Straße für sie allein da wäre. Kommt dann ein Kraftfahrzeug, so ist die Verwirrung da — Rennen nach den Zugtieren, laute Zurufe, Schreien der Tiere usw. Häufig geht das nicht ohne Hinfallen und Arm- oder Beinbrüche ab. Kommt aber gleichzeitig auch aus der anderen Fahrtrichtung ein Kraftfahrzeug, dann ist vielfach ein größeres Unglück unvermeidlich.

Es können ja Fälle vorkommen, in denen infolge dringlicher Eile die mit Getreide oder Heu beladenen Wagen nicht so geladen und abgebunden werden können, daß mit ihnen längere Zeit auf nur einer Straßenseite gefahren werden kann, weil infolge der Straßenvölzung Schiefelage eintritt und das Auseinander- oder Umfallen der Ladung zu befürchten ist. Dann muß aber der Gespannführer unbedingt bei seinen Tieren bleiben und die Vorgänge auf der Straße nach vorn und nach hinten noch sorgfältiger beobachten als sonst, um rechtzeitig ausweichen zu können.

Radfahrer benutzen häufig die linke Straßenseite, fahren beim Einbiegen in Seitenstraßen im unrichtigen Bogen und führen scharfe Werkzeuge unverwahrt mit. Sollen auf den Fahrrädern Sensen, Rechen (Harken), Sabeln (Forken) und andere Werkzeuge oder Geräte befördert werden, so verwende man einen Gerätehalter, vergesse jedoch nicht, das Sensen- oder Sägeblatt und andere scharfe Teile richtig zu verwahren.

Fußgänger bleiben oft mitten auf der Straße stehen, um sich über das Wetter oder andere unwichtigere Sachen zu unterhalten, was auch gerade so gut an einem anderen Platz geschehen könnte, und überqueren die Straße ohne jede Umsicht.

Nicht selten sind auch auf der Straße spielende Kinder sowie auch auf der Straße aufhaltende Gänse, Enten und Hühner die Ursache von Verkehrsunfällen. Darum weg mit ihnen von der Straße auf andere Spiel- und Aufenthaltspunkte!

Sehr im argen liegt die Beleuchtung ländlicher Fahrzeuge, besonders im Herbst, wenn sie von der Bestellung und Erntearbeit spät vom Feld zurückkommen. Als man Kraftfahrzeuge noch nicht kannte und Zugräder selten waren, kam es weniger darauf an, ob die landwirtschaftlichen Fahrzeuge beleuchtet waren, denn die entgegenkommenden oder überholenden Fahrzeuge hatten eine Fahrgeschwindigkeit, die es ihnen ermöglichte, das unbekannte Fahrzeug rechtzeitig zu erkennen und ein Zusammenfahren zu vermeiden. Heute können jedoch die schnell fahrenden Kraftfahrzeuge selbst dann, wenn sie starke Laternen zur Beleuchtung der Fahrstraße haben, nicht immer die vor ihnen fahrenden unbelichteten Fahrzeuge so rechtzeitig erkennen, daß ein Zusammenstoß verhindert werden kann. Es ist deshalb unbedingt nötig, daß die landwirtschaftlichen Fahrzeuge auch eine Laternen mitführen, wenn mit der Fahrt auf öffentlichen Wegen bei Dämmerung und Dunkelheit gerechnet werden muß. Um auch bei etwaigem Fehlen der Laternen eine Beleuchtung zu haben, bringe man die neuerdings bei Fahrrädern polizeilich vorgeschriebenen Lichtreflektoren (Nagen- oder Bullenaugen) an zweckentsprechenden Stellen vorn und hinten am Fahrzeug an.

Pferde statt Pferdekraft.

Die Benzinsteuer und das flache Land.

In diesen Tagen wird das Schicksal der Benzin- und Benzolölle endgültig entschieden werden. Gegen die Benzinollerhöhung wendet sich ein Artikel von Dr.-Ing. W. Scholz, Berlin, dem Direktor des Reichsverbandes der Automobilindustrie, in dem er auf die verschiedenen Schädigungen, die durch die Brennstoffverteuerung eintreten würden, hinweist. Unter anderem führt er folgendes aus: Besonders schwer wird das Droschkengewerbe betroffen. Für die Berliner Droschken beträgt die steuerliche Mehrbelastung im Durchschnitt 184 Prozent. Tarifierhöhungen werden kaum helfen können, weil sie die Benutzung verringern und die Tageseinnahmen sinken lassen. Für Lieferwagen beträgt der Steuerzuschlag 56 Prozent und für schwere Lastkraftwagen bis zu 176 Prozent. Für die gewerblichen Kraftverkehrsunternehmungen ist eine Abwälzung auf den Verfrachter nur in seltenen Fällen möglich. Die Folge wird deshalb die Rückumstellung zahlreicher Betriebe auf Pferdebetrieb sein und dies zu einer Zeit, wo Tempo alles bedeutet. Im städtischen Omnibusverkehr ist mit Tarifierhöhungen zu rechnen. Eine solche Verteuerung des Verkehrs ist erfahrungsgemäß bedenklich, nicht nur, weil sie die breiten Kreise der wertvollen Bevölkerung trifft, sondern weil sie leicht Preisverteuerungen und Lohnerhöhungen nach sich zieht. Im Überlandverkehr, in dem die Mehrkosten nicht immer auf die Fahrgäste abgewälzt werden können, wird die Neubelastung zur Stilllegung zahlreicher Omnibuslinien führen und dadurch die wirtschaftliche Erschließung des flachen Landes hemmen.

Beizjagd im 20. Jahrhundert.

Die erste deutsche Falknerwoche (23. bis 29. März).

Es gibt, was nicht allgemein bekannt sein dürfte, einen Deutschen Falkenorden, der seinen Sitz in Grünheide in der Mark hat. Dieser Orden veranstaltet in der Zeit vom 23. bis 29. März in Meppen, Kreis Osnabrück, der durch Windthorst, die „Perle von Meppen“, berühmt gewordenen Stadt, eine Falknerwoche, die erste in Deutschland. Es gibt also eine regelrechte „Beizjagd“, eine Falkenbeize, wie sie im Mittelalter und bis zu Anfang des 18. Jahrhunderts höfische Spezialität und eins der vornehmsten ritterlichen Vergnügen gewesen ist, ein Jagdvergnügen, dem auch die Edelherren mit Vor-

Lokaltermin im Rogens-Prozess.

Gestern in Pödingen.

Im Rogens-Falschur-Prozess hielt das Gericht einen Lokaltermin in Pödingen bei Lübeck ab. Es wurden noch einmal alle Drie befragt, die in dem Prozess eine Rolle spielen, worauf die Zeugen einander gegenübergestellt wurden. Die Angeklagten blieben bei dem

Widerstand ihrer Geständnisse.

Als erste Schlichter Frau Köhler die Einrichtung in der Heidekate. August Rogens demonstrierte, wie er nach seinem ersten Geständnis Zeuge der Ermordung des kleinen Ewald Rogens durch Falschur gewesen sein sollte. Dann wurde eine ganze Anzahl Zeugen vernommen, die Falschur und Frit Rogens zu der Zeit, die für den Mord in Frage kommt, gesehen haben wollten. Anschließend begab sich das Gericht mit den Zeugen zu dem Kaminloch, wo später die Leiche des kleinen Ewald gefunden wurde.

Aus dem Parteileben.

—(Halver, den 27. März 1930.

Jugendversammlung der N. S. D. A. P.

In einer Jugendversammlung der N. S. D. A. P. sprach gestern Abend im Hotel zum Löwen der Hitlerjugendführer Erich Nieseberg aus Lüdenscheid, über das Thema: „Jugend und Nationalsozialismus“, der Redner führte u. a. aus: Wenn man zu dem Thema, Jugend und Nationalsozialismus Stellung nehmen wollte, müsse man zunächst eine brennende Gegenwartsfrage, nämlich „Jugend und Politik“ überhaupt beantworten. Redner meinte bei dieser Frage wäre die landläufige Redensart gang und gäbe: „Politik verdirbt den Charakter.“ Diese Redensart entspricht aber nicht allen Tatsachen, sondern sei sicher von einem Mann geprägt, der mit seinem schlechten Charakter die Politik verdorben hätte. Gerade die Jugend, die immer, gleich in welchem Lager sie stehe, für Ideale kämpft, sei berufen in die Politik wieder Sauberkeit und Anstand einzubringen zu lassen. Anschließend führte dann der Redner aus: Es gäbe in Deutschland eine Reihe seit langem bestehender Jugendorganisationen, verschiedenster Richtungen. Alle diese hätten es bisher trotz hoher Ideale nicht vermocht der deutschen Jugend den Weg zu zeigen, der zum gottgewollten Lebensinhalt führe, zur restlosen Pflichterfüllung gegenüber dem eigenen Volk und damit zum wahren Dienst an der eigenen Seele. Die Ursachen dieser Unfruchtbarkeit seien in dem unnatürlichen Zeitalter des Liberalismus und in der Loslösung von der natürlichen Gebundenheit eher zu finden. Anschließend ging der

Redner dann auf die Ziele der Hitlerjugend ein und führte aus, daß die H. J. ihre Aufgabe darin sehe, aus dem Geist der Kämpfer von Langemarck und aus der Enttäuschung und Erkenntnis derer von 1918 den jungen Menschen und aus diesem die Persönlichkeit (im Gegensatz zum Marxismus) der das Heil in der Masse sehe) zu schweigen, für ein erwachendes Deutschland. Der Redner schloß mit den Worten: „Und so weihen wir unsere jungen Seelen in Furcht und Reinheit und Verantwortung unserm Volk und Vaterland und der Freiheit der schaffenden Arbeit!“

Anschließend an den Vortrag wurde die Ortsgruppe Halver der Hitlerjugend gegründet. 10 junge Leute traten der Ortsgruppe bei.

—c Rönfahl, den 27. März 1930.

—c Reichsnationale Volksvereinigung. Am Dienstag Abend hatte sich die Ortsgruppe Rönfahl der Reichsnationalen Volksvereinigung sowie viele noch fernstehenden zum 3. Staatsbürgerabend versammelt, in welchem Herr H. C. Roswinkel über das Thema: „Der Weg zum Volksstaat“ referierte. Die Ausführungen waren sehr sachlich und aufklärend und behandelten die Organisation, die augenblickliche politische Lage, die Frauenbewegung und Fortsetzung der Tätigkeit der Reichsnationalen Volksvereinigung. Eine anschließende rege Aussprache schaffte über alle Fragen Aufklärung und konnten wieder einige Mitglieder aufgenommen werden. Die Erkenntnis, daß nur ein einmütiges Volksganze Deutschland vor dem völligen Untergang retten kann, nimmt immer größere Dimensionen an. Ein Beweis dafür ist, daß die Ortsgruppe Rönfahl bereits 11% der wahlberechtigten Frauen und Männer der Gemeinde in sich vereinigt. Leider gibt es aber noch zu viele Pessimisten, die der irrigen Ansicht sind, die Reichsnationale Volksvereinigung sei eine neu erstandene politische Partei, von welcher man leider zu viele in unserem deutschen Vaterland aufzuweisen hat, die nur Zerplitterung und Uneinigkeit im deutschen Volke hervorgerufen haben. Die Reichsnationale Volksvereinigung ist nichts anderes als ein Zusammenschluß sämtlicher Parteien zu einem großen Volksganze. Ist dieses Volksganze geschaffen, dann ist es ein kleines, Deutschland aus dem Sumpf zu heben und eine Säuberungsaktion vorzunehmen. Wer es noch nicht erfährt hat, daß nur ein Volk, ein Wille sich durchzusetzen vermag, der komme in die demnächst stattfindenden Bezirksversammlungen der Reichsnationalen Volksvereinigung.

Turnen, Spiel und Sport.

Dr. Turnerhandball.

Für den 23. März haben die Vereinigten Turn- und Spielvereine einen Gegner verpflichtet, der sich wohl auf dem Halverschen Platz eine Niederlage nicht gefallen lassen wird. Es ist dieses die 1. Mannschaft des Turnvereins Wetter und 1. Mannschaft des V. T. S. Halver. Wegen des Winterfestes muß dieses Spiel auf morgens verlegt werden und beginnt pünktlich um 11 Uhr auf dem neuen Sportplatz.

Ob es den Gästen wohl gelingt, Halver eine Niederlage beizubringen? Die Halversche Mannschaft konnte bisher alle ausgetragenen Spiele auf dem hiesigen Sportplatz für sich entscheiden. Alles in allem, Sonntag ist ein schönes Spiel zu erwarten und werden sich bestimmt viele Zuschauer dieses interessante Treffen ansehen.

Schlusssdienst.

Bermischte Nachrichten vom 26. März.

Preussische Staatsmittel für Meliorationen.

Berlin. Das preussische Staatsministerium hat dem Staatsrat den Entwurf eines Gesetzes über die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Gewährung von Beihilfen und Darlehen für Meliorationen zugehen lassen. Hiernach dürfen zur Gewährung besonderer Beihilfen zur Durchführung von Meliorationen 7570 000 Mark und zur Gewährung von Darlehen zum gleichen Zwecke 3 600 000 Mark verwendet werden.

Gerichtliches Vorgehen gegen einen Stadtreinmeister.

Wuppertal. Die Stadtverwaltung erstatte gegen den Stadtreinmeister Schwab in Wuppertal-Bühwinkel Anzeige beim Staatsanwalt, da seit längerer Zeit gegen die Amtsführung Schwabs Bedenken bestanden. Die darauf veranlaßte Nachprüfung ergab, daß Schwab, der frant und dienstunfähig ist, städtische Gelder veruntreut hat. Schwab ist gefänglich und gibt den Betrag der veruntreuten Gelder auf 20 000 bis 25 000 Mark an.

Elf Vergleute verschüttet.

Morgantown (West-Virginia). Bei einer Explosion, die sich in der Kronenmine in der Nähe von Fairmont ereignete, wurden elf Vergleute verschüttet. Man glaubt, die Opfer der Katastrophe nicht mehr lebend bergen zu können.

Schriftleitung: Wilh. Dell jr., Halver i. Westf.



Landwehr-Verein
Halver.

Zur Teilnahme an
der Beerdigung unser
Kameraden

Ernst Bürger sen.
Kriegsteiln. 1914-18

Ehrenmitglied
Rich. Schönenberg
Veteran von 1870-71

wollen die Mitglieder
Samstag, d. 29. März
nachm. 3 1/2 Uhr recht
zahlreich am Vereins-
lokale antreten.

Gewehrabteilung mit
Gewehr I.
Der Vorstand.

Zentralverband
deutscher Kriegsbe-
schädigter u. Kriegs-
hinterbliebener Orts-
gruppe Halver i. W.

Unser Kamerad
Ernst Bürger

in Halver ist gestor-
ben. Zur Teilnahme
an der Beerdigung
versammeln sich die
Mitglieder am Sams-
tag, dem 29. ds. Mts.
nachm. 3 Uhr im Lo-
kale Lückmann in
Halver.

Der Vorstand.



Gardevereinigung
Halver.

Zur Teilnahme an
der Beerdigung des
verstorbenen Kame-
raden

Ernst Bürger sen.
treten die Mitglie-
der am Samstag, dem
29. März 15 1/2 Uhr
am Vereinslokale an.
Der Vorstand.

Eisen- Metall-
Holz- Betten
Stahlmatt, Kinderb. Schlaf-
zimm., Chaiselong., a. Priv.
Ratenz., Katalog 1914 frei.
Eisenmöbel-Fabrik Suhl (Thür).



Heute mittag 12 Uhr entschlief sanft nach
langem, schweren, mit großer Geduld ertragenen
Leiden mein lieber Vater, unser Schwiegervater
und herzenguter Großvater, Schwager, Onkel
und Vetter

Ernst Bürger sen.

im Alter von 59 1/2 Jahren.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Wilh. Bürger.

Halver i. W., den 26. März 1930.

Die Beerdigung findet am Samstag, den 29. ds. Mts.,
nachm. 3 1/2 Uhr vom Sterbehause Mühlenstr. 1 aus statt.



Gestern Abend 9 1/2 Uhr entschlief sanft und
ruhig, infolge Altersschwäche unser lieber, guter
Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwa-
ger und Onkel

Veteran

Richard Schönenberg

Mitkämpfer von 1870 / 71

im soeben vollendeten 83. Lebensjahre.

Dieses zeigen an mit der Bitte um stille
Teilnahme:

Die trauernden Hinterbliebenen.

Halver und Buer, den 27. März 1930.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 29. März
1930, nachmittags 4 Uhr vom Sterbehause, Kölnerstr. 11
aus statt.

Von Beileidsbesuchen bitten wir Abstand zu nehmen.

Wer mit Ozonil



wäscht,
macht's richtig.

Verein. Turn- u. Spiel-
Vereine Halver e. V.

Sonntag, den 30. März,
nachm. 4 Uhr in der Carlshöhe

Winterfest

Zu zahlreichem Besuch ladet ein der Turnrat.



Tanz-Schule.

Ab Dienstag, den 1. April 1930.

unterrichte ich in Schalksmühle

im Saale des Herrn

Wilh. Kriegeskorte in

modernen Tänzen.

Unterricht von 8-10,30 Uhr abends.

Die früheren Schüler sind hiermit frl. eingeladen.

Um rege Beteiligung bittet höflichst:

Fr. Kattwinkel,

Mitgl. der Verbandes Westdeutscher Tanzlehrer.

Bis 7. April
verreist

Dr. Rauert,
Halver.

Mehger-Lehrling

Sohn achtbarer Eltern
der Lust hat die Mehgerei
zu erlernen, stellt ein

Heinr. Schmidt,
Kind- und Schweine-Mehgerei

Schalksmühle i. W.

Wohnung

mindestens 3 Zimmer
in Oberbrügge oder Umgegend
in besserem Hause

zu mieten gesucht.

Angebote unt. K 420 an

d. Geschäftsst. d. Allg. Anz.

Halver erbeten.

Habe noch

Heu

abzugeben.

Ww. Lange,

Bömmelbach.

Billig! Billig!

18 holl. Heringe.

1.00 Mk.

Otto Meisterjahn,

Kierspe.

Konsumverein
für Halver u. Umgegend
e. G. m. b. H.

General-
Versammlung

am Samstag, 5. April
1930, 16 1/2 Uhr,
im Gasthof zur Post in Halver.

Tagesordnung:
Neuwahl des Aufsichtsrates.

Der Vorstand.

Allg. Schützen-Verein
für Kierspe u. Bahnhof
und Umgegend.

General-
Versammlung

Samstag Abend 8,30 Uhr
im Vereinslokal Bastian

Tagesordnung wird in
der Versammlung be-
kanntgegeben.

Der Vorstand.

Gebr. gut erhaltene

Brutmaschine

„Frankfurt“ 400 Eier fast
billig zu verkaufen.

Näheres zu erfragen
in der Geschäftsstelle des
Allg. Anzeigers Halver.

Beim Hausputz
das Piano nicht
vergessen.

Kleine u. große Repa-
raturen, wie reinigen,
stimmen, neu beilzen,
polieren, modernisie-
ren, Leuchter abneh-
men etc., machen sorg-
fältig u. gewissenhaft

Roth & Junius

Pianofabrik

Hagen, Bahnhofstr. 29,

Telefon 261 81,

In 3 Tagen

Nichtraucher

Auskunft kostenlos:

Sanitäts-Depot, Halle a. S. 37